



Protokoll der 14. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. Oktober 2021, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Heinzelmann Lukas (SVP), Holinger Lorenz (SVP), Oberholzer Natalie (GL) und Schneider Domenic (CVP/EVP/GLP)

Abwesend: Ratsmitglied Reichenstein Daniela (FDP)

| Traktanden | Laufnummer |
|--|---------------------------------|
| Traktandenliste: | |
| <i>://: Einstimmig wird das Geschäft «Zentrum Nord» (Postulat Nr. 2015/225) gemäss Antrag der SP-Fraktion von der Traktandenliste abgesetzt und erst wieder an derjenigen Sitzung behandelt, an welcher die 1. Lesung «QP Ziegelhof II» (Nr. 2021-63) traktandiert wird.</i> | 2015/225 |
| 1. Protokoll der Ratssitzung vom 25.08.2021 <i>://: Einstimmig wird das Protokoll der Sitzung vom 25.08.2021 genehmigt.</i> | - |
| 2. Quartierplanung Osboplatz – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. Artikel 5 Ziffer 6 «Klein- und Anbauten» wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt.</i> <i>://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. Artikel 6 Ziffer 1 «Nutzungsart» wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt.</i> <i>://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. Artikel 7 Ziffer 7 «Ökologische Massnahmen» wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt.</i> <i>://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. die Ergänzung bezüglich der Ausschöpfung der maximalen Reduktionsfaktoren bei Artikel 8 Ziffer 2 «Parkplatzberechnung» wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen zugestimmt.</i> <i>://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. die Ergänzung bezüglich den oberirdischen Parkplätzen bei Artikel 8 Ziffer 2 «Parkplatzberechnung» wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt.</i> <i>://: Der Einwohnerrat beschliesst mit 33 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen die Quartierplanung Osboplatz, bestehend aus dem Quartierplan-Reglement vom 18.06.2020 mit den zuvor beschlossenen Änderungen, dem Plan Nr. 1 «Bebauung und Nutzung» 1:500 vom 06.03.2020, dem Plan Nr. 2 «Freiraum und Erschliessung» 1:500 vom 06.03.2020 und Plan Nr. 3 «Schnitte» 1:500 vom 15.04.2019.</i> | 2020-13 2020-13a 2020-13b |

- | | | |
|----|---|---------|
| 3. | A22 unter die Ergolz – Interpellation «A22 unter die Ergolz» von Daniel Schwörer der FDP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2021-67 |
| 4. | Klimaneutralität Verwaltung – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Verwaltung bis 2035» der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>://: Die Motion wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2021-73 |
| 5. | Klimaneutralität Veranstaltungen – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>://: Der von einer Motion in ein Postulat umgewandelte Vorstoss wird mir 17 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2021-72 |

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Ratssitzung des Einwohnerrates Liestal. Entgegen der gestrigen Mitteilung des Ratsschreibers mussten sich doch noch einige Ratsmitglieder für die heutige Sitzung kurzfristig entschuldigen lassen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Gemäss Bundesratsbeschluss vom 8. September 2021 gilt folgendes Schutzkonzept COVID-19 für die heutige Sitzung:
 - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen.
 - Beim Eingang in den Landratssaal können Hygienemasken bezogen werden. Es gilt die Maskentragpflicht für alle Anwesenden im LR-Saal bis zum Sitzplatz. Wer nicht sitzt, muss die Maske tragen.
 - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
 - Die Türen und Fenster im Landratssaal bleiben offen, sofern möglich.
 - Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen. Die Besucherzahl ist gemäss BAG-Vorschriften auf max. 18 Personen beschränkt.
 - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
- Die heutige Sitzung wird ohne Pause durchgeführt und ca. 19.30 Uhr geschlossen. Ratsmitglieder, welche den Saal verlassen, möchten dies der Vizepräsidentin anzeigen, damit diese eine Kontrolle über die anwesenden Stimmberechtigten hat.
- Stadtpräsident Daniel Spinnler muss kurz vor 19.00 Uhr die ER-Sitzung verlassen. Seine Geschäfte werden gegebenenfalls von Vizepräsidentin Marie-Theres Beeler vertreten.
- Die Mitglieder des Ratsbüros treffen sich im Anschluss an die Ratssitzung zu einer kurzen Büro-Sitzung.

Tischpapiere

Es wurden keine Tischpapiere verteilt.

Neue persönliche Vorstösse

Es sind keine neuen Vorstösse eingegangen.

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--|----------------------------|
| - Yves Jenny (Ersatzmitglied, CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Bruno Imsand (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Anja Weyeneth (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium |

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass Stadträtin Regula Nebiker per 30. April 2022 ihren Rücktritt erklärt hat. Der Stadtrat bedauert es, auf eine langjährige und erfahrene Ratskollegin verzichten zu müssen. An der April-Ratssitzung wird ihr Wirken gewürdigt und Stadträtin Regula Nebiker offiziell verabschiedet.

Der Stadtrat hat an seiner gestrigen Sitzung das Budget 2022 mit einem Defizit von 4,7 Mio. Franken verabschiedet. Das Budget wird am kommenden Freitag verschickt.

Heute ist die Berufsschau in Liestal eröffnet worden, welche mit 250 ausgestellten Berufen die grösste Berufsschau der Schweiz ist.

Stadtrat Daniel Muri lässt einen Kurzfilm zum SBB-Vierspurausbau zeigen, welcher eindrucksvolle Drohnen-Filmaufnahmen zeigt. Der Ratsschreiber wird zudem die Powerpoint-Präsentation mit Bildern und Kurzkomentaren vom Oktober 2021 per E-Mail verschicken.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Traktandenliste

Alexandra Muheim (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Antrag, dass das Geschäft «Zentrum Nord» (Nr. 2015/225, Traktandum 4) von der Traktandenliste der heutigen abgesetzt wird und dieses Geschäft erst wieder an einer nächsten Sitzung im Anschluss an die 1. Lesung «QP Ziegelhof II» (Nr. 2021-63) traktandiert wird.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag der SP-Fraktion wird einstimmig zugestimmt: Das Geschäft «Zentrum Nord» (Nr. 2015/225, Traktandum 4) wird von der heutigen Traktandenliste abgesetzt und erst wieder an einer nächsten Sitzung im Anschluss an die 1. Lesung «QP Ziegelhof II» (Nr. 2021-63) traktandiert wird.

://: Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wird gemäss Einladungsschreiben vom 15. September 2021 mit der vorgängig beschlossenen Änderung beschlossen.

121 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 25. August 2021

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) orientiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll vom 25. August 2021 eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt.
Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 25. August 2021 wird einstimmig genehmigt.

122 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Quartierplan Osboplatz – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2020-13)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Geschäft wurde bereits an der letzten Ratssitzung vom 29. September 2021 in einer 1. Lesung beraten. Nach der heutigen 2. Lesung wird über die Anträge der BPK gemäss Vorlage Nr. 2025-13b abgestimmt.

An der heutigen Sitzung soll auf die Wiederholung von Voten der 1. Lesung verzichtet und nur neue Erkenntnisse thematisiert werden.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass es seit der letzten Sitzung keine neuen Erkenntnisse gab. Betonen möchte sie doch, dass man noch eine gute Verkehrslösung bei der Ausfahrt auf die Gerberstrasse findet. Ihre Fraktion wird den Anträgen zustimmen und freut sich darauf, dass die Überbauung in Angriff genommen werden kann.

Patrick Mägli (SP) orientiert, auch die SP-Fraktion werde allen BPK-Anträgen zustimmen. Es wird insbesondere begrüsst, dass beim vorliegenden QP mindestens 60 % der Bruttogeschossfläche für Büro-, Dienstleistungs-, Verkauf- oder Gewerbenutzungen vorgeschrieben werden.

Peter Bürgin (FDP) informiert darüber, dass die FDP-Fraktion einstimmig den BPK-Anträgen und auch dem QP Osboplatz zustimmen wird. Die wichtigsten Punkte möchte er doch noch einmal in Erinnerung rufen. Die Eigentümer wollen nicht nur Wohnungen bauen, sondern auch Nutzungsflächen für das Gewerbe und Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Weshalb mindestens 60 % der Bruttogeschossfläche für Büro-, Dienstleistungs-, Verkauf- oder Gewerbenutzungen vorzusehen sind. Auch seine Fraktion wird allen Anträgen zustimmen.

Stadtrat Daniel Muri freut es, dass nach langjährigen Verhandlungen nun auch dieser QP seinen Abschluss findet und sich die Lücke zum Zentrum Nord schliesst.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr zum Geschäft angemeldet werden. Er lässt nun über die Anträge der BPK gemäss Vorlage Nr. 2020-13b abstimmen.

Die beantragten Änderungen der BPK werden kurz festgehalten und die neue reglementarische Bestimmung des Quartierplan-Reglementes jeweils verlesen.

Antrag 1 der BPK

Neuformulierung von Artikel 5 - Ziff. 6 «Klein- und Anbauten» QP-Reglement

Unbewohnte Klein- und Anbauten wie Containerstellplätze, Trafohäuschen und dergleichen sind unter Einhaltung der übergeordneten gesetzlichen Bestimmungen auf der gesamten «Freifläche privat» gemäss Plan 2 möglich. Die Klein- und Anbauten dürfen insgesamt max. 50m2 Grundfläche umfassen. Velounterstände sind davon ausgenommen.

://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. Artikel 5 Ziffer 6 «Klein- und Anbauten» wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antrag 2 der BPK

Neuformulierung von Artikel 6 – Ziff. 1 «Nutzungsart» QP-Reglement

In den Baubereichen für Hauptbauten sind in C1 und C2 Wohn- und Büronutzungen zulässig, im Kopfbau des Baubereiches C1 zudem auch Dienstleistungs-, Verkaufs- und Gewerbenutzungen (mässig störende Betriebe). Im Baubereich für Nebenbauten sind Büro-, Dienstleistungs-, und Gewerbenutzungen (mässig störende Betriebe) zulässig. Das geschützte Gebäude gemäss Plan Nr. 1 kann sowohl für Wohnen als auch Gewerbe genutzt werden. Mindestens 60% der Bruttogeschossfläche (BGF) sind für Büro-, Dienstleistungs-, Verkaufs oder Gewerbenutzungen vorzusehen. Ausserdem ist die Erstellung einer Einstellhalle zulässig.

://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. Artikel 6 Ziffer 1 «Nutzungsart» wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antrag 3 der BPK

Neuformulierung von Artikel 7 – Ziff. 7 «Ökologische Massnahmen» QP-Reglement

Bei Neubauten sind auf mindestens 30 % der anrechenbaren Grundstücksfläche ökologische Massnahmen zu realisieren. Als ökologische Massnahmen gelten: ...

://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. Artikel 7 Ziffer 7 «Ökologische Massnahmen» wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antrag 4 der BPK

Ergänzung bei Artikel 8 – Ziff. 2 «Parkplatzberechnung» QP-Reglement

(Ergänzung): ... Die maximalen Reduktionsfaktoren sind auszuschöpfen.

://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. die Ergänzung bezüglich der Ausschöpfung der maximalen Reduktionsfaktoren bei Artikel 8 Ziffer 2 «Parkplatzberechnung» wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antrag 5 der BPK

Ergänzung bei Artikel 8 – Ziff. 2 «Parkplatzberechnung» QP-Reglement

(Ergänzung): ... Mindestens 50% der für die Wohnnutzung notwendigen Veloabstellplätze sind oberirdisch und gedeckt zu erstellen.

://: Dem Änderungsantrag der BPK betr. die Ergänzung bezüglich den oberirdischen Parkplätzen bei Artikel 8 Ziffer 2 «Parkplatzberechnung» wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat beschliesst die Quartierplanung Osboplatz, bestehend aus dem Quartierplan-Reglement vom 18.06.2020 mit den zuvor beschlossenen Änderungen, dem Plan Nr. 1 «Bebauung und Nutzung» 1:500 vom 06.03.2020, dem Plan Nr. 2 «Freiraum und Erschliessung» 1:500 vom 06.03.2020 und Plan Nr. 3 «Schnitte» 1:500 vom 15.04.2019.

://: Der Einwohnerrat beschliesst mit 33 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen die Quartierplanung Osboplatz, bestehend aus dem Quartierplan-Reglement vom 18.06.2020 mit den zuvor beschlossenen Änderungen, dem Plan Nr. 1 «Bebauung und Nutzung» 1:500 vom 06.03.2020, dem Plan Nr. 2 «Freiraum und Erschliessung» 1:500 vom 06.03.2020 und Plan Nr. 3 «Schnitte» 1:500 vom 15.04.2019.

123 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. A22 unter die Ergolz – Interpellation «A22 unter die Ergolz» von Daniel Schwörer der FDP-Fraktion (Nr. 2021-67)

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellation und bedankt sich dafür. Vorbemerken möchte er, dass zwei Argumente im Zusammenhang mit der Verlegung der A22 im Vordergrund stehen. Die heutige A22 liegt mitten in einem Siedlungsgebiet, weshalb der Lärm und die Siedlungstrennung schon immer wieder ein grosses Hindernis sind. Der Ergolz-Gewässerraum ist für Liestal enorm wichtig und die A22 ist heute so verbaut, dass ein Widerspruch zum Gewässerschutzgesetz besteht und Ziel der Stadt Liestal muss es sein, dass die Ergolz eine Aufwertung als Lebensraum erfährt.

Hinsichtlich der ersten Frage kann er darüber informieren, dass der Stadtrat durch einen Wirtschaftswissenschaftler, eine Theologin, eine Historikerin, einen Chemiker sowie einen gelernten Bäcker-Konditor und Maler vertreten wird. Um die spekulative erste Frage beantworten zu können, wäre es optimal, wenn der Stadtrat auch noch mit einem Geologen oder einem Bauingenieur personell vertreten wäre. Doch selbst wenn das so wäre, würde der Stadtrat ein Luftschloss bauen, statt eine fundamentierte und von Fachleuten ausgearbeitete Variante.

Der Stadtrat arbeitet aktiv daran, die Verlegung der A22 unter den Boden und auf die Investitionsliste der ASTRA bringen zu können, was auf Seite 62 im EP 2021-2025 erwähnt ist. Zum heutigen Zeitpunkt sind Überlegungen zur Linienführung der A22 für den Stadtrat sekundär. Vielmehr gilt es darum Argumente zu finden, weshalb die A22 zwingend unter den Boden sollte.

Bereits am 10. Juni 2021 hatten sich Stadtpräsident Daniel Spinnler, Stadtrat Daniel Muri und Bereichsleiter Thomas Noack mit der ASTRA getroffen und auch an den kommenden Spitzentreffen mit der Bau- und Umweltschutzdirektion BL wird der Handlungsbedarf betreffend der A22 ein zentrales Thema sein. Entscheidend wird sein, dass ein breit abgestützter politischer Wille der Agglomeration samt den Baselbieter Bundespolitikern dieses Thema immer wieder auf den Tisch bringen und in ihrer Agenda rot und fett eintragen. Der Stadtrat arbeitet intensiv daran, dass nebst dem SBB-Vierspurausbau auch dieses Jahrhundertprojekt ins Rollen kommt.

Daniel Schwörer (FDP) bemerkt als Interpellant, dass er mit den Antworten teilweise zufrieden ist und er die Diskussion wünscht.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Daniel Schwörer (FDP) dankt für die stadträtlichen Ausführungen zu seinem Vorstoss und findet es schon richtig, dass der Stadtrat ein Laiengremium ist. Obwohl im Stadtrat keine Geologen und Ingenieure vertreten sind, findet er die Antwort zu seiner ersten Frage schon etwas sehr vorsichtig formuliert. Der Stadtrat hätte zumindest die Variante Ergolz-Tunnel als gleichwertige Variante zur Schleifenbergtunnel-Variante aufnehmen und würdigen können. Auch wenn für den Stadtrat die Linienführung im Moment noch sekundär ist, doch hätte er proaktiv die Linienführung unter der Ergolz schon auch ins Bewusstsein nehmen und weiter tragen dürfen sowie die beiden Varianten gleichwertig gegenüberstellen können. Die in der Interpellation aufgeführten Vorteile wie eine kürzere Bauzeit, keine Tunnelzufahrten durch bebautes Gebiet usw. sind natürlich schon Argumente, welche auf der Hand liegen. Die Antwort muss deshalb schon als etwas unmutig bezeichnet werden. Erfreulich ist hingegen die Antwort zur dritten Frage, dass der Stadtrat bereits die ASTRA kontaktiert hat und seine Bedürfnisse sowie Haltung in Vertretung der Bevölkerung deponiert hat. Positiv ist auch, dass man die Bundespolitiker mit ins Boot nehmen will. Die auf Seite 63 des EP 2021-2025 erwähnte Vorgehensweise erstaunt ihn doch etwas. Eine Verstärkung des Ergolzviadukts mit ultrahochfestem Faserbeton verschlingt ja auch wieder Millionen und wird eine Eintunnelung der A22 um weitere 30 – 40 Jahre in die Ferne rücken. So wird der Bau der zweiten Gotthard-Röhre auf nur gerade

7 Jahre geschätzt und so kann es ja nicht sein, dass wir in der heutigen Zeit noch auf weitere 30 – 40 Jahre vertröstet werden. Auch im Zusammenhang mit der A22 dürfte eine Planungs- und Realisierungszeit von je 7 Jahren sicher ambitiös, aber realistisch sein. Er wird das Thema A22 mit einem neuen Vorstoss hier im Rat zur gegebenen Zeit sicher wieder zur Diskussion stellen.

Pascale Meschberger (SP) dankt namens der SP-Fraktion für die Interpellation, denn es kann ja nicht sein, dass das Problem mit der A22 erst in 40 Jahren gelöst wird. Der Vorschlag des Interpellanten ist durchaus prüfenswert, obwohl die Idee etwas unkonventionell ist.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt dem Interpellanten auch namens der Mittefraktion für den doch bestechenden Lösungsvorschlag. Auch die Färöer-Inseln haben es in den letzten 20 Jahren geschafft, vier Unterseetunnel mit einer Gesamtlänge von 20 Kilometern und gar einem unterirdischen Kreisel zu bauen. Ein weiterer Tunnel mit einer Länge von rund 10 Kilometern wird aktuell gebaut, dieser wird rund 100 Mio. kosten und nach der Bauvollendung im Jahr 2023 täglich von rund 300 bis 400 Auto benützt. Die Kosten sind von der Bevölkerung selbst zu tragen und dennoch wurden diese Projekte notgedrungen umgesetzt. Und so sollte es auch in Liestal möglich sein, dass man die Ergolzbrücke aus verschiedenen Gründen nicht mehr haben möchte und den Verkehr unter den Boden bringt. Man muss ständig am Ball bleiben, Lobbyarbeit leisten und sich gegebenenfalls nach anderen Finanzierungsmodellen umschauen, sonst wird sich nichts ändern.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, seine Fraktion finde den Vorstoss ebenfalls eine geniale Sache. Bei einer Umsetzung des Vorschlages könnte eine grösseres Problem auch in nützlicher Zeit gelöst werden. Es muss viel mehr Druck gemacht und alle Kanäle ausgeschöpft werden, denn alleine Gespräche genügen nicht.

Daniel Schwörer (FDP) ist erfreut über die positiven Reaktionen und Rückmeldungen aller Fraktionen. Und wo ein Wille ist, ist schlussendlich auch ein Ergolztunnel-Weg.

Stadtrat Daniel Muri meint, seine vorgängige Aussage im Zusammenhang mit den Berufsgattungen der Stadtratsmitglieder ist vielleicht in einen etwas falschen Weg gelaufen. Die Ergolztunnel-Variante ist bei der ASTRA bereits deponiert worden und es handelt sich auch nicht um eine neue Erfindung. Dem Stadtrat geht es primär darum, dass man Argumentarien findet, welche ASTRA dazu bringt, in Bundesbern vorwärts zu machen. Welche Variante dann schlussendlich realisiert wird, müsste dann aber doch von den Fachleuchten entschieden werden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler legt dar, dass der Stadtrat mit der Interpellation doch wichtigen Rückenwind erhält. Die Idee einer unterirdischen Strassenführung ist dem Stadtrat auch schon gekommen, weshalb er auch diesbezügliche Aussagen im EP 2021-2025 machte. Die Planungsprozesse in der Schweiz dauern halt einfach länger als im Ausland und man ist bereits mit Druck daran, dass es vorwärts geht. Im Zusammenhang mit der Interpellationsbeantwortung wollte der Stadtrat einfach keine Aussagen machen und Versprechen abgeben, die dann schlussendlich nicht eingehalten werden können. Auch beim besten Willen wird die Projektrealisierung noch länger dauern und es braucht einen langen Schnauf.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2021-67 durch den Stadtrat.

124 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Klimaneutralität Verwaltung – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Verwaltung bis 2035» der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2021-73)

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat die Motion nicht übernehmen möchte. Alleine die Frage, wie die Verwaltung die Berechnungen vornehmen soll, kann nicht beantwortet werden. Auch mit der Zertifizierung und den Reglementierungen hat der Stadtrat Mühe. Wie bereits schon in der Vergangenheit mehrmals erwähnt wurde, muss zuallererst eine Auslegeordnung gemacht werden, damit dann dem Einwohnerrat ein Massnahmenplan hinsichtlich dem weiteren Vorgehen unterbreitet werden kann.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält als Motionär fest, dass von der Mittefraktion bereits vor ein paar Monaten ein Vorstoss zum Thema Klimaneutralität vorangezeigt wurde. An einer letzten Ratssitzung haben wir erfahren, dass die Schweiz 0,1 % der CO₂-Emissionen verursacht. Die Zielerreichung der Motion durch die Verwaltung Liestal bringt nichts und würde für den Umbau von Liegenschaften, die Revidierung der Fahrzeugflottem, den Zertifikatskauf usw. nur viel Geld kosten, ohne dass wir von den Vorteilen etwas sehen. Der Klimanotstand ist vom Rat bereits beschlossen worden und somit wurde ein Zeichen gesetzt, dass wir gegen den Klimawandel etwas unternehmen wollen. Den Wissenschaftlern muss man ja die Klimaproblematik nicht glauben und so muss man ja eigentlich auch nicht das eigene Handeln verändern. Diese und weitere Gründe sprechen eigentlich dafür, dass man die Motion ablehnt. Die Mittefraktion nimmt jedoch den Klimaschutz ernst und deshalb soll man irgendwo bei sich selber anfangen. Liestal hat die rechtlichen Möglichkeiten bei sich selber, nämlich bei der Verwaltung und den Schulhäusern. Die Umsetzung wird kosten und dieses Geld hat Liestal eigentlich nicht, doch gibt es keine Alternative, da wir nicht warten können, bis Andere etwas machen. Mit dem Vorstoss werden aber pragmatische Lösungen vorgeschlagen, indem man beispielsweise den CO₂-Ausstoss schätzt. Auch weiss man, dass das Klima-Zertifikat umstritten ist. Die Motionäre finden es unmöglich, klimaneutral leben zu können, denn auch die Herstellung von Velos, Elektroautos usw. benötigt CO₂. Die Motionäre sind überzeugt davon, dass die Umsetzung ihres Vorstosses möglich ist.

Peter Küng (SP) informiert, dass der Vorstoss in der Fraktion doch Anlass zu angeregten Diskussionen gegeben hat, da vor kurzer Zeit der SP-Vorstoss „Netto Null“ hier im Rat keine Mehrheit gefunden hatte. Seine Fraktion ist entzückt über den neuen Vorstoss und ist ebenfalls der Meinung, dass die Verwaltung klimaneutral werden soll. Jede Firma und jeder Haushalt sollte daran interessiert sein, klimaneutral zu werden. Im Vorstoss wird vor allem der Punkt unterstützt, dass der CO₂-Ausstoss primär vor Ort passieren soll. Mit dem Zertifikat hat man hingegen schon grosse Mühe, ist dies doch ein Ablasshandel der modernen Art. Die Motionsüberweisung wird von der SP-Fraktion unterstützt, zumal die Verwaltung eine Vorreiterrolle hat und die Umsetzung machbar ist. Wichtiger ist zudem ein sofortiger Start und nicht die Zielerreichung bis 2035.

Lena Schenker (GL) informiert, dass ihre Fraktion mit vielen Punkten der Motionen Nr. 2021-72 und Nr. 2021-73 einverstanden ist, doch möchte man diese lieber in Form eines Postulates unterstützen. Den Zukauf von Zertifikaten zur Zielerreichung findet man hochproblematisch. Der Anreiz für grundlegende Änderungen zu bestreiten, ist bei beiden Motionen nicht gross genug. Die Stadt muss eine Vorbildfunktion einnehmen und deshalb soll nicht mit Geldzahlungen für Zertifikate umgangen werden, dass langfristige Anpassungen vorgenommen werden müssen. Veränderungen sollen dort zuerst angegangen werden, wo sie am meisten Wirkungskraft haben. Es muss ein übergreifender Fahrplan entstehen und nach wie vor ist ihre Fraktion an einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit interessiert. Im Zusammenhang mit der Motionsüberweisung wird man sich enthalten oder diese gar ablehnen. Wohlgesinnt wäre man einer Umwandlung in ein Postulat bei beiden Motionen Nr. 2021-72 und Nr. 2021-73.

Thomas Eugster (FDP) äussert, auch die FDP-Fraktion habe die beiden Motionen angeregt diskutiert. Mit der Motion „Klimapolitik“ Nr. 2018/121 ist der Stadtrat mit verschiedenen Aufgaben in einer Gesamtsicht beauftragt worden und es muss festgestellt werden, dass der Stadtrat daran arbeitet, dem Rat aber noch keine Resultate präsentiert wurden. Es braucht eine Gesamtschau und mit den beiden Vorstössen ist man einseitig lediglich auf die Verwaltung und die Veranstaltungen fokussiert. Erst wenn die Gesamtübersicht des Stadtrates präsentiert wird, kann man beurteilen, welche welche Massnahmen wie schnell umgesetzt werden sollen. Es gibt ja gar Punkte, die sehr effizient wären und auch schnell umgesetzt werden könnten. Auch in finanzieller Hinsicht soll es für Liestal die bestmögliche Lösung sein, nebst dem Effekt, dass es dem Klima noch etwas bringt. Zuallererst soll man deshalb den Bericht des Stadtrates zur Klimapolitik-Motion abwarten und erst dann weitere Massnahmen treffen. Hingegen findet seine Fraktion die Zertifikate absolut wichtig, denn es ist absolut richtig, dass dort gehandelt wird, wo die grossen Emissionen stattfinden. Seine Fraktion wird die Motion aus den vorgenannten Gründen nicht unterstützen.

Hanspeter Meyer (SVP) berichtet, dass die SVP-Fraktionen beide Motionen Nr. 2021-72 und Nr. 2021-73 nicht unterstützen wird. Alle hier im Saal nehmen die Klimaveränderung ernst und es findet generell ein Umdenken statt. Man muss einfach aufpassen, dass man nicht einen Riesenaufwand betreibt und schlussendlich einen kleinen Ertrag hat. Mit einfacheren Lösungen kommt man schlussendlich gar weiter. Mit den Berechnungen und den Zertifizierungen kommt wohl schlussendlich niemand mehr klar und diese Bürokratiearbeiten sind nicht nötig. Es soll sensibilisiert werden und Investitionen getätigt werden, welche etwas bringen. Reglemente und Zwangsmassnahmen dürften wohl wenig erfolgsversprechend sein. Seine Fraktion spricht sich ganz entschieden gegen die Motionen Nr. 2021-72 und Nr. 2021-73 aus.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) äussert, die Motionäre werden einer Umwandlung in ein Postulat nicht zustimmen. Und wenn der Stadtrat dem Einwohnerrat ein neues Reglement oder die Änderung eines bestehenden Reglementes vorlegt, kann der Einwohnerrat immer noch über einzelne Punkte diskutieren und beschliessen. Bereits vor 3 Jahren ist die Motion „Klimapolitik“ (Nr. 2018/121) an den Stadtrat überwiesen worden und diese ist wohl versandet, da diesbezüglich rein gar nichts vom Stadtrat kommt. Es reicht nicht, grosse Worte zu schwingen und Versprechen abzugeben. Nun muss eine Umsetzung in ganz kleinen Schritten erfolgen und deshalb sollte der Rat der Motion Nr. 2021-73 eine Chance geben.

Benjamin Holinger (GL) meint, er sei wegen den beiden neuen Vorstössen hin und her gerissen. Er stellt fest, dass es hier im Einwohnerrat doch eine grosse Ungeduld gibt, da solche Geschäfte vom Stadtrat nicht voran gebracht werden. So tut sich seit Jahren nichts bei einigen Postulaten und Motionen bei Themen, welche dem Rat sehr wichtig sind und auch grossmehrheitlich überwiesen wurden. Die Einreichung und Überweisung weiterer Vorstösse dürfte wohl nicht zielführend sein. Zielführender wäre es aber doch, wenn nun der Stadtrat beispielsweise endlich die Gesamtschau bzw. den Bericht zur Motion Klimapolitik (Nr. 2018/121) bringen würde. Und wenn aus dem Stadtrat nichts kommt, würde seine Fraktion ebenfalls neue Vorstösse einreichen, damit man wieder einen kleinen Schritt vorwärts machen kann.

Thomas Eugster (FDP) möchte dem Motionär entgegen, dass mit einem neuen Reglement noch gar nichts eingespart und bewirkt wird, denn für die Umsetzung braucht es einen Massnahmenplan. Der Auftrag für die Erstellung eines Massnahmenplanes durch den Stadtrat wurde mit der Motion Nr. 2018/121 bereits erteilt und dieser soll nun abgewartet werden, bevor neue Vorstösse eingereicht werden.

Pascale Meschberger (SP) hält fest, dass der Vorstoss Nr. 2018/121 als Motion eingereicht wurde, schlussendlich aber als Postulat an den Stadtrat überwiesen wurde. Und mit der Überweisung der neuen Motionen hätte man schon etwas mehr Nägel mit Köpfen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, dass der Stadtrat daran ist, den „Klimapolitik“-Vorstoss zu bearbeiten und zu beantworten, wobei der Stadtrat der Meinung ist, dass dieses Thema auch in übergeordneter Ebene angeschaut werden muss. Aus diesem Grund zeichnet er auch selbst auf Gemeindestufe für dieses Geschäft verantwortlich. Er selbst würde auch gerne schneller vorwärts machen, doch das Ressourcenproblem schlägt sich auch hier nieder, vor allem weil man in den letzten Monaten auch Personalwechsel im Kader der Verwaltung hatte. Auch das Projekt „Nachhaltigkeit“ wird dieses Jahr noch in Angriff genommen, damit baldmöglichst Resultate präsentiert werden können. Auch für den Stadtrat sind die Klimapolitik und Nachhaltigkeit wichtige Themen. Auch ist der Stadtrat der Meinung, dass mit neuen Gesetzen und Reglementen noch gar nichts gewonnen werden kann und dafür nur Ressourcen beansprucht werden. Und es ist bestimmt auch nicht nachhaltig, wenn beispielsweise bei der Fahrzeugflotte alle Autos noch in ihrer Nutzungszeit durch Elektrofahrzeuge ersetzt würden. Solche Anschaffungen müssen dann ja auch noch in die Gesamtinvestitionsplanung passen. Auch der Umgang mit den eigenen Ressourcen ist eine Nachhaltigkeitsfrage. Zum Thema Zertifikat und Überkompensation stellt sich dann schon auch die Frage, ob denn die Zertifikate weltweit verhalten und Massnahmen im Ausland umgesetzt werden. In der Motion werden diesbezügliche Umsetzungen vorgegeben, welche in einem Reglement zu formulieren sind, obwohl der Einwohnerrat bei Vorliegen des stadträtlichen Vorschlages und Reglementes diesbezügliche Bestimmungen ja dann immer noch hinausskippen könnte. Letztendlich ist er der Meinung, dass die Ressourcen des Stadtrates und der Verwaltung in der Massnahmenplanung und nicht in die Formulierung neuer Gesetzestexte investiert werden sollten.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 15 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen wird vom Rat die Motion Nr. 2021-73 an den Stadtrat überwiesen.

125 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Klimaneutralität Veranstaltungen – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2021-73)

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat auch diese Motion nicht übernehmen möchte. Ergänzend kommt bei dieser Motion die Thematik im Zusammenhang mit der Umsetzung hinzu, dass beispielsweise im EP 2021-2025 sowie im Budget 2022 bereits Massnahmen wie die Abfallreduktion, die Mehrwegbecher-Verwendung usw. im aufgeführt werden. Solche Massnahmen dürften wohl zielführender als neue Reglementsbestimmungen sein. Auch die Forderung für die Überwälzung der Zertifikationskosten auf die Veranstalter dürfte ein weiterer Knackpunkt sein.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält als Motionär fest, dass man bewusst zwei Motionen eingereicht habe. Bei der Motion Nr. 2021-73 geht es um die öffentliche Verwaltung und bei der Motion Nr. 2021-73 um Veranstaltungen auf öffentlichem Grund, welche der Freizeit und dem Vergnügen dienen. Diese sind wichtig, aber nicht überlebenswichtig und führen zu einer Belastung des Klimas, nur damit wir unseren Spass haben können. Diese sollen auch ihren Preis haben, und nur wenn es schlussendlich darum geht, dass diese klimaneutral sind. Auch bei der Motion Nr. 2021-73 dürften Lösungen gefunden werden, indem man beispielsweise alles Mögliche unternimmt, dass man nicht mit dem Auto zu den Veranstaltungen kommt. Wir werden die Welt nicht retten können, wenn wir einfach nur etwas weniger Abfall produzieren. Für die Gebührenerhebung sollten schematische Schätzungen für die Übergangsphase ausreichen. Für die Zielerreichung sind reglementarische Bestimmungen unumgänglich und über diese kann sich der Rat ja nach Vorliegen des stadträtlichen Berichtes noch im Detail unterhalten.

Anja Weyeneth (SP) meint, ihre Fraktion begrüsse es, wenn auch Veranstalter hinsichtlich der Klimeutralität in die Pflicht genommen werden. Eine Mehrheit der Fraktion würde den Vorstoss als Postulat und nicht als Motion unterstützen, da es im Vorstoss doch zu viele verschiedene Unklarheiten gibt. Was sind denn übliche Veranstaltungen bzw. welches sind unübliche Veranstaltungen? Welches sind die Kriterien für den CO2-Ausstoss und wer soll diese kostengünstig und schematisch schätzen? Wie soll die Reduktion und/oder Kompensation erfolgen und wie sehen die diesbezüglichen Massnahmen aus? Und wie soll die Verwaltung die Aufzeichnung von Reduktionen und Kompensationen überprüfen bzw. wer bestimmt, ob dann die Massnahmen bewilligt werden oder nicht? Und wenn es lediglich darum geht, eine neue Gebühr für das Zertifikat einzuführen, dann sollte dies klar und ohne Umwege kommuniziert werden. Bereits heute werden bei Veranstaltungen diverse Konzepte von den Gesuchstellern eingefordert und mit dem vorliegenden Vorstoss soll nun ein weiteres Konzept hinzukommen. Bevor ein neues Reglement eingeführt wird, sollte man überprüfen, ob ein bestehendes Reglement nicht ergänzt oder verschlankt werden könnte, damit der Aufwand in der Verhältnismässigkeit bleibt. Und nach welchen Kriterien wird definiert, ob nun eine Veranstaltung gemeinnützig oder von öffentlichem Interesse ist? Ist beispielsweise eine Veranstaltung in der Rathausstrasse von Basket 44 nun von öffentlichem Interesse oder handelt es sich um eine gemeinnützige Veranstaltung und wer legt dies fest? Für eine faire und transparente Handhabung benötigt es dazu Kriterien. Aus erwähnten Gründen würde ihre Fraktion die Überweisung des Vorstosses als Postulat unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) legt dar, dass die Motion wirklich nicht ausgegoren ist und es viele Unklarheiten gibt, wie sie von der Vorrednerin zum Teil schon erörtert wurden. Im Vorstoss ist nur von bewilligungspflichtigen Anlässen die Rede, welche ja meist auf öffentlichem Areal stattfinden. Es würde somit eine Ungleichbehandlung zu denjenigen Anlässen geben, welche keine Allmendbewilligung usw. benötigen und keiner Bewilligung der Stadt bedürfen. Die Umsetzung der Motion mit dem Bürokratiemonster könnte schlussendlich dazu führen, dass es

dann keine Veranstaltungen mehr auf der Allmend gibt. Haben beispielsweise Restaurants mit einer Aussenbestuhlung auf der Allmend schlussendlich auch eine CO₂-Abgabe zu bezahlen und wenn ja, in der Folge auch für die Sitzplätze im Restaurant? Und im Vorstoss ist auch nicht erwähnt, ab welchem Bemessungsjahr die CO₂-Emissionsreduktionen in Prozenten gelten sollen. Üblicherweise ist dies das Jahr 1990, doch formal steht dies nicht in der Motion, was auch in der Motion Nr. 2021-73 vergessen wurde. Zum Teil wird mit der Motion mit Kanonen auf Spatzen geschossen. So wird bei einer Allmendnutzung mehrheitlich der Strom von der Stadt bezogen, welcher bereits erneuerbar ist. Die Berechnung der Restenergiekosten würden hinsichtlich Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen. Der Fokus sollte doch vielmehr darauf gesetzt werden, dass weniger Abfall produziert wird, Mehrweggeschirr verwendet wird usw. Die FDP-Fraktion wird den Vorstoss als Motion und auch als Postulat nicht an den Stadtrat überweisen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) merkt als Motionär an, dass selbstverständlich kein Bürokratiemonster geschaffen werden soll. Es sollten einfache Lösungen möglich sein. Die verschiedenen berechtigten Fragen der Vorredner könnten sicher auch mit einem Postulat thematisiert werden, was aber auch mit reglementarischen Bestimmungen und Behandlung als Motion möglich wäre. Dies wird aber bei der Motion „Veranstaltungen“ (Nr. 2021-73) schwieriger als bei der Motion „Verwaltung“ (Nr. 2021-72) möglich sein. Da der Vorstoss aber als Motion bei der anschliessenden Abstimmung kaum Chancen haben dürfte, stimmt die Mittefraktion einer Umwandlung der Motion in ein Postulat zu.

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, die Umwandlung in ein Postulat überrasche doch etwas. Die verschiedenen Fragen und Unklarheiten werden aber auch bei einer weiteren Behandlung als Postulat nicht einfacher werden. Wie soll beispielsweise die Stadtrat darauf Einfluss nehmen können, dass Veranstaltungen in Liestal nicht von Automobilisten besucht werden? Auch die schematische Schätzung von CO₂-Emissionen bei Gebührenerhöhungen ist mit Problemen behaftet und griffigere Massnahmen wären wünschenswerter, welche schlussendlich auch mehr zur Klimaneutralität beitragen würden.

Thomas Eugster (FDP) ist der Meinung, dass Aufwand und Ertrag tatsächlich auch beim vorliegenden Vorstoss ein wichtiges Thema sind. Auch muss man daran denken, welche Signale der Einwohnerrat mit der Überweisung des Vorstosses an die Veranstalter sendet.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, dass mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat ja der Text auch nicht mehr stimmt. Verschiedene Umformulierungen wären noch nötig.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass es rechtens ist, dass bei der Umwandlung einer Motion in ein Postulat der Inhalt des Vorstosses nicht angepasst wird.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der von einer Motion in ein Postulat umgewandelte Vorstoss Nr. 2021-72 wird mit 17 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) hält fest, keine neuen Vorstösse eingereicht wurden, welche gemäss § 45 des Geschäftsreglementes noch mündlich begründet werden könnten.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 18.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Markus Rudin

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann